

Hintergrundinformationen zum Post Cotonou Prozess

Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Gruppe)

- 79 Staaten (48 afrikanische, 16 karibische und 15 pazifische Staaten), bei der Gründung waren es 46
- gegründet 1975 im Rahmen der Georgetown Vereinbarung (Guyana), damit die EU einen formalen Vertragspartner für das Lomé Abkommen hatte
- Idee, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten (vornehmlich ehemalige britische und französische Kolonien) zu stärken
- im Laufe der Jahre wurden die Ziele erweitert und die Inhalte des Abkommens detaillierter
- heute ist die Gruppe der AKP-Staaten eine internationale Organisation mit einem permanenten Sekretariat in Brüssel

Cotonou-Abkommen

- völkerrechtlicher Vertrag zwischen der damals Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Staaten seit dem 23. Juni 2000,
- Augenmerk auf Handelsfragen mit den Economic Partnership Agreements (EPAs)

Um was geht es jetzt?

- am 12.12.2017 hat die EU einen Vorschlag für ein Folgeabkommen vorgelegt, das ab März 2020 in Kraft treten soll
- der aktuelle Vertrag sieht vor, dass spätestens 18 Monate vor Auslaufen des aktuellen Abkommens Neuverhandlungen über ein mögliches Folgeabkommen starten
- Verhandlungen sollen vor dem 1. September 2018 starten
- die EU (letzter Kenntnisstand Mitte April 2018) möchte ein legal bindendes, unbefristetes Folgeabkommen mit den AKP-Staaten
- dabei soll es eine sogenannte Foundation geben, die mit allen drei Regionen identisch ist und zusätzlich drei separate Abkommen (sogenannte Protokolle) mit jeweils den karibischen, pazifischen Ländern sowie Subsahara-Afrika geben
- die Inhalte umfassen die Themen Frieden und Sicherheit, Demokratie und Gute Regierungsführung, wirtschaftliche und menschliche Entwicklung, Migration und Mobilität sowie Klimawandel
- nicht alle Inhalte sind in allen drei Protokollen gleich ausgeprägt

Relevanz?

- basierend auf den negativen Erfahrungen mit dem bisherigen Cotonou-Abkommen (viele partnerschaftliche angedachte Aspekte des Abkommens wurden nicht beachtet, stattdessen wurden primär EU- gesteuerte Interessen umgesetzt) hat BfdW den bisherigen Post-Cotonou-Prozess kritisch begleitet um vor allem sicher zu stellen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden
- jetzt ist Zeit für einen Neuanfang (veränderte EU; Austritt GB, größer, Veränderung innerhalb der AKP Struktur -> weniger Homogenität)
- Partnerschaft auf Augenhöhe wie immer angekündigt; jetzt Chance dies auch real werden zu lassen
 - o konkrete Forderung an die deutsche Bundesregierung: Versprechen aus dem Afrikajahr 2017 wahr werden zu lassen und die Ideen des Marshall-Plans mit Afrika jetzt sichtbar zu machen